

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/01/2015

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses am 12.01.2015,
Rathaus, Sitzungszimmer 103

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 20:50 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Peter Egan

Herr Dirk Langbehn

ab 20:25 Uhr, tlw. TOP 8

Frau Sybille Ott

Herr Achim Reuber

Herr Michael Stukenberg

i. V. f. BM Dr. Buchholz

Herr Olaf Waskow

Bürgerliche Mitglieder

Herr Rolf Griesenberg

Herr Volker Hielscher

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Reinhard Hampel

Seniorenbeirat, öffentl. Teil

Herr Yannick Klix

Kinder- und Jugendbeirat,
öffentl. Teil

Verwaltung

Herr Michael Sarach

Herr Horst Kienel

Berichterstatter

Frau Angela Haase

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Bürgerliche Mitglieder

Herr Dr. Bernd Buchholz

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.11/2014 vom 08.12.2014
7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 7.1 Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
 - 7.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen
- e n t f ä l l t -
8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015
2. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf **2014/086**
9. Verschiedenes
 - 9.1 Sachstand zum Jahresabschluss 2011
 - 9.2 Sachstand der Organisationsuntersuchung zwischen den Fachdiensten I.1 und I.4
 - 9.3 Besetzung des Aufsichtsrates des badlantic
 - 9.4 Prüfung des Straßenbulasträgers für den Bau eines Kreisverkehrs am Beimoorweg
 - 9.5 Vorlagenwesen
- Aussagefähigkeit der Vorlagen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Christian Conring, wünscht allen Anwesenden ein gesundes neues Jahr und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende stellt fest, dass der Finanzausschuss beschlussfähig ist. Noch nicht anwesend ist Herr Dirk Langbehn, dieser wird jedoch noch erwartet.

3. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

— *e n t f ä l l t* —

In nicht öffentlicher Sitzung wurden am 08.12.2014 keine Beschlüsse gefasst.

4. Einwohnerfragestunde

Da keine weiteren Einwohner/-innen anwesend sind, entfällt die Einwohnerfragestunde.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende erklärt, dass die Tagesordnungspunkte ab TOP 10 in nicht öffentlicher Sitzung behandelt werden sollten. Der Finanzausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.11/2014 vom 08.12.2014

Es werden keine Einwände erhoben. Damit sind sowohl der öffentliche wie der nicht öffentliche Teil des Protokolls genehmigt.

7. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

7.1 Berichte gem. § 45 c GO

7.1.1 Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Der Berichterstatter trägt vor, dass der Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt entfallen müsse. Die Personalbesetzung im Fachdienst Finanzbuchhaltung ist derzeit unzureichend, ein Bericht über die allgemeine Finanzlage wurde bis Ende des Jahres 2014 am 08.12.2014 vorgetragen; die bis zum heutigen Tag aufgelaufenen weiteren Aufwendungen sind, insbesondere da die Stadt sich in der vorläufigen Haushaltsführung befindet, gering. Allerdings soll versucht werden, eine Beurteilung der liquiden Mittel zum Stand 31.12.2014 vorzunehmen.

Der Berichterstatter weist darauf hin, dass der Finanzbericht vom 30.12.2014 an alle Mitglieder des Finanzausschusses verteilt wurde. Aus diesem sind die Ein- und Auszahlungen des Jahres 2014 ersichtlich, inklusive der Bestände auf Verwahr- und Vorschusskonten (VV-Konten).

Dem stehen Ende des Jahres 2014 - unter Berücksichtigung eines möglichen Ausgleiches der VV-Konten von 1,445 Mio. € - verbleibend rd. 8,09 Mio. € liquide Mittel gegenüber. Dieser Stand spiegelt jedoch nicht die für die Planung der Jahre 2015 ff. noch vorhandene Liquidität wieder.

Vielmehr ist eine Prognose darüber zu treffen,

- in welcher Höhe Ermächtigungen zu bilden sind aus den Ansätzen des Ergebnishaushalts 2014 und der investiven Ansätze des Jahres 2014 und
- in welcher Höhe Ermächtigungen aus den Vorjahren noch über 2014 hinaus benötigt werden bzw. bereitgestellt werden sollen (Beispiel: Planungskosten für die Entlastungsstraße Nordtangente) und
- inwiefern über- und außerplanmäßig im Jahr 2014 bereitgestellte Ansätze noch nicht verausgabt wurden, aber in Form von Aufträgen hierüber verfügt wurde. So wurde z. B. mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 15.12.2014 ein Betrag in Höhe von 350.000 € für den Nachweis von Ausgleichsflächen im B-Plangebiet 88 - über Öko-konten - bereitgestellt. Die Verträge wurden Ende des Jahres 2014 unterzeichnet.

Noch nicht eingeschätzt werden kann die Höhe der Rechnungsbeträge, die in den Anfangsmonaten 2015 noch zulasten des Jahres 2014 verbucht werden müssen. Über diese Entwicklung wird in der Februarsitzung anhand des Finanzberichts 2014 informiert. Ferner wird im Februar die Entwicklung des Finanzhaushalts Januar 2015 vorgelegt.

Unter der Annahme, dass rd. 700.000 € Ermächtigungen aus dem Ergebnishaushalt 2014 und rund 2,6 Mio. € aus den investiven Ansätzen 2014, ferner 340.000 € überplanmäßig bereitgestellt Mittel im Jahr 2015 zusätzlich verausgabt werden, verbleiben liquide Mittel in Höhe von rund 4,45 Mio. € für die Haushaltsjahre 2015 ff. (**siehe Anlage**).

Bei Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit von rund 5,4 Mio. € (ohne neue Kommunalkredite) und Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit in Höhe von rund 14 Mio. € inklusive Tilgung verbleibt eine investive Deckungslücke in Höhe von 8,563 Mio. €. Ein Teil dieser Deckungslücke kann durch den positiven Saldo aus der laufenden Verwaltungstätigkeit in Höhe von 1,810 Mio. € beglichen werden. Insbesondere reicht dieser Saldo aus, die Tilgungsausgaben in Höhe von 731.000 € zu bedienen. Demnach verbleibt eine investive Deckungslücke in Höhe von rd. 6,75 Mio. €, die nur in Höhe von rd. 4,45 Mio. € durch die o. g. verbleibenden liquiden Mittel gedeckt werden kann. Somit ist eine Kreditaufnahme von rund 2 Mio. € unvermeidbar und wurde in der 2. Änderungsliste veranschlagt.

Für die Folgejahre stehen dann keine liquide Mittel mehr zur Verfügung, sodass investive Deckungslücken der Jahre 2016 bis 2018 ebenfalls nur über eine Neuverschuldung ausgeglichen werden können.

Anmerkung der Verwaltung:

*Wie zugesagt, wurden Neuverschuldung, Zins- und Tilgungsbeträge der Jahre 2015 bis 2018 überprüft. Unter Berücksichtigung der unter TOP 8 genannten Einsparungsquote für 2015 in Höhe des Fehlbetrages des Ergebnishaushalts 2015 - Aussage des Bürgermeisters – wird die Prognose zur möglichen Neuverschuldung 2015 aufrechterhalten. Für die Jahre 2016 bis 2018 hat sich die Befürchtung der Verwaltung bestätigt, irrtümlich mit den Salden des Ergebnishaushalts statt des Saldos der laufenden Verwaltungstätigkeit die Neuverschuldung und damit auch Zins- und Tilgungsbeträge kalkuliert zu haben. Dies bedeutet für die **2. Änderungsliste** folgende Veränderungen:*

<i>Haushaltsjahr 2016:</i>	<i>bisher: 6.442.500 €,</i>	<i>neu: 7.150.000 €</i>
<i>Haushaltsjahr 2017:</i>	<i>bisher: 5.321.000 €,</i>	<i>neu: 5.860.000 €</i>
<i>Haushaltsjahr 2018:</i>	<i>bisher: 2.845.900 €,</i>	<i>neu: 2.490.000 €</i>

Im Haushaltsjahr 2016 ist der Saldo der laufenden Verwaltungstätigkeit negativ, in den Haushaltsjahren 2017 und 2018 ergibt sich ein Überschuss. Dieser wäre ausreichend, auch die Tilgung zu bedienen. Die Korrekturen und weitere Änderungen werden in eine 3. Änderungsliste eingearbeitet.

7.2 Sonstige Berichte/Mitteilungen

— *entfällt* —

8. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015

2. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf

Der Vorsitzende geht auf das Anschreiben der Verwaltung zur 2. Änderungsliste, und dort insbes. auf die aus den investiven Ansätzen resultierende Neuverschuldung ein: Diese müsste in den Fraktionen erörtert werden, sie sei zu hoch: Die Verwaltung macht erneut darauf aufmerksam, dass der Beschluss zu AN/069/2014 noch nicht umgesetzt und enthalten ist. Hinterfragt wird daneben die hohe Belastung des Ergebnishaushalts im Jahr 2016.

Die Verwaltung erinnert insbes. an die Gewerbesteuerentwicklung 2014. Diese habe sich erst in der zweiten Jahreshälfte 2014, d. h. nach dem 01.07.2014 erholt. Die Gewerbesteuern schließen 2014 mit einem Rechnungsergebnis von 23,17 Mio. € ab, das somit mit dem Vorjahr 2013 vergleichbar ist. Dies ist nur auf eine einmalig hohe Vorauszahlung 2014 für einen Betrieb zurückzuführen. Die Vorauszahlung wurde nach dem Bescheid des Finanzamtes erst im zweiten Halbjahr 2014 in Raten fällig. Die Ist-Zahlungen des III. und IV. Quartals 2014 fließen wie auch die übrigen Steuererträge in die Berechnung der Kreis- und Finanzumlage 2016 ein und belasten somit noch nicht das Haushaltsjahr 2015. 2015 werden nur die niedrigeren Ist-Einnahmen der Quartale I und II/2014 sowie die Quartale III und IV/2013 als Berechnungsgrundlage herangezogen. Die Ist-Einnahmen wirken somit zeitversetzt. Somit stehen den sinkenden Gewerbesteuern ab dem Haushaltsjahr 2015 in 2016 außerordentlich hohe Umlagen gegenüber, ferner ist ab 2015 der erhöhte Umlagesatz der Kreisumlage wirksam.

Anschließend wird auf die noch offenen Anträge - in Bezug auf die Zuständigkeit des Finanzausschusses - eingegangen. Die Anträge AN/087/2014 und AN/088/2014 der SPD-Fraktion zur Anhebung der Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern erläutert Herr Reuber. Insbesondere seien Straßensanierungen erforderlich.

Danach erklärt Herr Hampel im Namen des Seniorenbeirats, dass er eine Erhöhung ablehne, da diese eine Mehrbelastung für Senioren umfasse, die finanziell damit überfordert seien könnten. Herr Hielscher erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass diese eine moderate Anpassung der Grundsteuern zwecks Ausgleichs des Ergebnishaushalts mit tragen könnten, jedoch keine Anhebung des Hebesatzes der Gewerbesteuern befürworte. Dem schließt sich Herr Stukenberg für die FDP-Fraktion an, die Meinungsbildung seiner Fraktion sei jedoch noch nicht abgeschlossen. Grundsätzlich sehe er keine Anstrengungen, die Aufwendungen zu reduzieren, sodass die FDP-Fraktion sich auch grundsätzlich gegen Steuererhöhungen aussprechen könnte.

Der Vorsitzende regt eine kurze Sondersitzung des Finanzausschusses vor der Stadtverordnetenversammlung an, um das Meinungsbild des Finanzausschusses abzuschließen.

Anmerkung der Verwaltung:

Es wird eine Sondersitzung am 26.01.2015, 18:45 Uhr, im Marstall, Remise, Lübecker Str. 10, stattfinden.

Auch die CDU-Fraktion vermisst nach Aussage des Vorsitzenden ernsthafte Sparbemühungen der Verwaltung, um einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen. Steuererhöhungen werde die CDU-Fraktion daher nicht zustimmen.

Herr Reuber erklärt zur Gewerbesteuererhöhung, dass Unternehmen sich nicht ausschließlich von der Höhe eines Hebesatzes leiten lassen. Entscheidend sei s. E. - um hohe Fahrtkosten der Beschäftigten zu vermeiden - das Angebot freien Wohnraums am Arbeitsort.

Der Bürgermeister bietet angesichts eines überschaubaren Fehlbetrags im Ergebnishaushalt 2015 an, in dieser Höhe eine pauschale Kürzung vorzunehmen oder - sollte dies in der Form nicht möglich sein - anhand konkreter Einsparpotenziale einen ausgeglichen Ergebnishaushalt vorzulegen, dann aber auf Gewerbesteuererhöhungen zu verzichten. Mittelfristig sollte die Verwaltung sich selbst zu Einsparungen verpflichten, Eckwerte definieren und diese mittelfristig anwenden/einhalten.

Herr Egan erklärt, dass eine Anhebung des Hebesatzes um 20 % bei Grundsteuern eine reale Mehrbelastung von nur 11 % bedeute. Er vermisse jedoch ebenfalls den Sparwillen, eine moderate Grundsteuererhöhung könnte mitgetragen werden. Am Beispiel von Oststeinbek sei im Übrigen erkennbar, dass die Höhe eines Hebesatzes sehr wohl bei der Gewerbesteuer entscheidend sei. Dort gäbe es viele „Briefkastenfirmen“. Anschließend wird über die Anträge der SPD-Fraktion abgestimmt.

Abstimmungsergebnis zu Antrag AN/087/2014 (Erhöhung der Gewerbesteuern):

2 dafür

6 dagegen

Es erscheint verspätet das Mitglied des Finanzausschusses Herr Langbehn.

Abstimmungsergebnis zu Antrag AN/088/2014 (Anhebung der Grundsteuern):

2 dafür

7 dagegen

Anmerkung der Verwaltung:

*Als **Anlage 1** liegt die Übersicht der Realsteuerhebesätze 2014 des Städteverbandes Schleswig-Holstein bei.*

Anschließend wird die Finanzierung der geplanten Investitionen, insbes. die Neuverschuldung der Jahre 2015 und Folgejahre, erörtert.

Herr Egan weist auf die enorme Höhe der Verpflichtungsermächtigungen 2014 für die Folgejahre hin. Dies sei nicht verantwortbar. Er regt an, die Bau- maßnahme an der Grundschule Am Reesenbüttel später durchzuführen. Der Berichterstatter erklärt, dass sich die Verpflichtungsermächtigungen um 2,5 Mio. € reduzieren, sofern die Erschließung des neuen Gewerbegebietes nicht durch die Stadt erfolge.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Aussage der Verpflichtungsermächtigungen war fehlerhaft, sie betragen lt. 2. Änderungsliste „nur“ 11.264.000 €. Eine detaillierte Übersicht liegt als **Anlage 2** bei.*

Der Vorsitzende regt an, investive Deckungslücken durch Kassenkredite zu finanzieren. Der Berichterstatter weist darauf hin, dass dies für Investitionen nicht umsetzbar ist. Investitionen seien langfristig gegen zu finanzieren bzw. es sich nur um zeitliche kurzfristige Lösungen handelt. Kassenkredite sollten für den vorübergehenden Ausgleich bei der „laufenden Verwaltungstätigkeit“/Finanzhaushalt eingesetzt werden.

Der Vorsitzende bittet ferner alle Fraktionen, sich zum Haushaltsentwurf 2015 in Form einer „Probeabstimmung“ zu äußern bzw. sich nur und erfragt deren grundsätzliche Meinung. Herr Egan erklärt, angesichts der Höhe der Verpflichtungsermächtigungen derzeit eher nicht zustimmen zu wollen. Die Stadt könne sich die Investitionen nicht leisten. Herr Reuber erklärt, dass die Stadt ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkomme. Ohne Steueranhebung würde die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen. Herr Langbehn erklärt, dass seine Fraktion dem Haushaltsentwurf wohl zustimmen würde. Herr Stukenberg wiederum macht deutlich, dass seine Fraktion sich erst im Rahmen der Sondersitzung am 26.01.2015 festlegen werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Beratungen in den Ausschüssen seit Mo-

naten intensiv geführt wurden. Es sei für ihn daher nicht nachvollziehbar, dass innerhalb der Fraktionen sich keine Zustimmung abzeichne. Die „Kuh müsse vom Eis“. Der Vorsitzende entgegnet, dass die jetzigen Zahlen nichts mit dem Haushaltsentwurf gemeinsam hätten. Herr Stukenberg erklärt daraufhin, dass nur ausgeglichene und genehmigungsfähige Haushalte vorgelegt werden sollten. Der Bürgermeister stimmt dem zu. Wenn aber gleichzeitig z. B. die Folgejahre durch höhere Investitionen wie den vorgezogenen und forcierten Schulbau an der Grundschule Am Reesenbüttel belastet werden und diese verbindlichen Beschlüsse in den Haushalt einzuarbeiten seien, präjudiziert dies Belastungen der Folgehaushalte. Dies sei aus seiner Sicht dann selbstverständlich auch wieder aufzunehmen und konterkariere die Bemühungen, ausgeglichene und genehmigungsfähige Haushalte vorzulegen. Insofern äußert er die Erwartung, dass die Stadtverordneten sich vor ihrem Abstimmungsverhalten in den jeweiligen Fachausschüssen zuvor in den Fraktionen abgestimmt haben müssten. Die Auswirkungen seien dann auch deutlich.

Der Berichterstatter weist auf den Antrag AN/069/2014 der CDU-Fraktion zum Umgang mit einer Stellplatzrücklage hin. Die Realisierung des Kaufpreises und der Stellplatzrücklage sei davon abhängig, wann der Bebauungsplan den Stand nach § 33 Baugesetzbuch erreiche. In diesem Zusammenhang wird auf die nicht öffentliche Protokollierung des Bau- und Planungsausschusses am 17.12.2014/TOP 13.2 verwiesen.

9. Verschiedenes

9.1 Sachstand zum Jahresabschluss 2011

Es wird der Sachstand zum Jahresabschluss 2011 hinterfragt. Die Verwaltung teilt mit, dass dieser derzeit durch das RPA und extern geprüft werde. Vorstellbar sei, diesen in der Stadtverordnetenversammlung im März 2015 vorzustellen.

9.2 Sachstand der Organisationsuntersuchung zwischen den Fachdiensten I.1 und I.4

Auf Nachfrage wird berichtet, dass noch in dieser Woche erste Informationsgespräche mit den Mitarbeitern geführt werden sollen. Es sei angedacht, in einer gemeinsamen nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses mit dem Finanzausschuss im Februar 2015 die Stadtverordneten zu informieren.

9.3 Besetzung des Aufsichtsrates des badlantic

Der Berichterstatter bittet die Fraktionen, die neuen Mitglieder für den Aufsichtsrat zu benennen, nachdem die Stadt durch Vertragsänderung nunmehr alleinige Eigentümerin der BBG sei.

Herr Egan fragt nach, warum der Aufsichtsrat mit acht Personen besetzt werde. Im Sinne des Parteienproporz sollte auch die FDP-Fraktion einen Sitz im Aufsichtsrat erhalten. Außerdem seien Beschlüsse bei Stimmengleichheit problematisch. Der Berichterstatter entgegnet, dass der Bürgermeister in einem solchen Fall zwei Stimmen habe.

Herr Stukenberg führt aus, dass die FDP-Fraktion im bisherigen Aufsichtsrat durch Losung ein Mandat erhalten habe.

9.4 Prüfung des Straßenbaulastträgers für den Bau eines Kreisverkehrs am Beimoorweg

Der Vorsitzende berichtet, dass ein Fraktionsmitglied erklärt habe, dass die Straßenbaulast für den Beimoorweg beim Kreis liege und hinterfragt, ob dieser daher den Kreisverkehr bauen könne und es auf diesem Wege Fördermittel geben könne. Der Bürgermeister sagt zu, dies erneut zu prüfen, zeigt sich aber überzeugt, dass die Verwaltung dies bereits abschließend geprüft habe.

9.5 Vorlagenwesen - Aussagefähigkeit der Vorlagen

Der Vorsitzende erklärt, dass aus seiner Sicht Folgekosten für Maßnahmen bzw. der Gesamtaufwand nicht aus jeder Vorlage deutlich erkennbar sind. Konkret fordert er, dass aus der Vorlage die Belastung des Haushalts für das laufende Haushaltsjahr und hinsichtlich der Folgejahre eindeutig ablesbar sein müsse.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

gez. Christian Conring
Vorsitzender

gez. Angela Haase
Protokollführerin